

GRAZER

Stadtblatt



KOMPAKT

Ausgabe 3, November 2020 • Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Nachrichten, wie sie das Leben schreibt.

Das macht die KPÖ mit ihren Fördergeldern: 662.764 Euro für Menschen in Notlagen



Helfen statt Reden: Die KPÖ Graz gibt einen Großteil ihrer Fördergelder an Menschen in Notlagen weiter. Am 23. Oktober wurden die Zahlen für 2019 und 2020 offengelegt.

Dass die Politikerinnen und Politiker der KPÖ einen großen Teil ihrer Polit-Bezüge an Menschen in Notlagen weitergeben, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Was viele aber nicht wissen:

Auch einen großen Teil ihrer Fördergelder steckt die KPÖ Graz nicht selbst ein: Mehr als 662.000 Euro wurden seit 2014 nicht für Image-Kampagnen, Polit-Berater und fesche Hochglanzmagazine verprasst, sondern an 4.027 Personen und Familien in Notlagen weitergegeben.

Stadträtin **Elke Kahr**, Stadtrat **Robert Krotzer** und KPÖ-Klubobmann **Manfred Eber** haben am 23. Oktober über

die Verwendung der Fördergelder Rechenschaft abgelegt. 168.002,38 Euro – also 63 % ihrer Klubförderung – hat die KPÖ 2019 an die Grazer Bevölkerung zurückgegeben. Im heurigen Jahr sind es bisher schon 102.598,49 Euro. „Damit haben wir unser Versprechen, die Erhöhung der Fördergelder, die 2013 von ÖVP, SPÖ und FPÖ beschlossen wurde, an die Bevölkerung zurückzugeben, eingehalten“, so Elke Kahr.

In Graz geht die Post ab!

...leider im wahrsten Sinne des Wortes – die Post dünnt seit vielen Jahren systematisch die Postversorgung aus. Um hier gegenzusteuern, gab es im Gemeinderat kürzlich einen Antrag der KPÖ.

Seite 4

„ AUSZÜGE AUS DER BUDGET-DEBATTE VON ELKE HEINRICHS

»Die Medizingeschichte zeigt: Epidemien und Pandemien gibt es nicht erst seit 2020. Daher sind jegliches Zusperrn von Krankenhäusern, von Abteilungen, die Ideen, Einrichtungen schließen zu wollen und Einsparungen im Gesundheitsbereich vorzunehmen, abzulehnen.«



»Ausgebrannte MitarbeiterInnen im Gesundheits- und Pflegebereich können wir uns nicht leisten.«

»Die Schließung (der Impfstelle, Anm.) konnte auch durch das Wirken der KPÖ abgewendet werden. Unserem Stadtrat Robert Krotzer ist es gelungen, die bauliche und technische Infrastruktur zu modernisieren.«

»Es überrascht, dass es zwar eine – durchaus begrüßenswerte – Erhöhung der Subventionen im Sport- und Kulturbereich gibt, dass aber eine solche Subventionserhöhung für die Grazer Gesundheitseinrichtungen und -initiativen kurzfristig in dem von der schwarz-blauen Koalition vorgelegten Budget gar nicht berücksichtigt wurde.«

Parteienförderung runter, mehr soziale Unterstützung!

Satte 2.451.900 Euro sind im Grazer Budget 2021 für Parteien- und Klubförderungen vorgesehen. Zum Vergleich: Der neu eingerichtete „Graz hilft“-Fonds für Grazerinnen und Grazer in Notlagen, die eine einmalige Unterstützung benötigen, soll 2021 nur mit 150.000 Euro befüllt werden.

Diese Diskrepanz hat KPÖ-Klubobmann **Manfred Eber** zum Anlass genommen, bei der Budget-Gemeinderatssitzung eine langjährige Forderung der KPÖ Graz zu bekräftigen: Die Parteien- und Klubfördergelder in Graz sollten 2021 um 10 Prozent reduziert werden. Mit den dadurch freiwerdenden Mitteln – mehr als 245.000 Euro – sollte der „Graz hilft“-Fonds aufgestockt werden, um mehr GrazerInnen helfen zu können,



die dringend finanzielle Unterstützung brauchen.

»Die aktuelle Krise wird die sozialen Notlagen in unserer Stadt nächstes Jahr noch weiter verschärfen. Daher sollte die Politik bei sich selbst sparen und mit dem Geld stattdessen Menschen

in Notlagen helfen«, so der KPÖ-Klubobmann.

Der Umstand, dass eine Reduktion der Parteienförderung im Budget-Entwurf 2021 keine Berücksichtigung fand, war mit ein Grund, warum die KPÖ dem Budget nicht zustimmen konnte.

AUSZÜGE AUS DER BUDGETREDE „ VON KPÖ-KLUBOBMANN MANFRED EBER

»Koste es, was es wolle: Dieser Satz von Bundeskanzler Kurz am 18. März ist uns allen noch gut in Erinnerung. (...) Wer aber wird letztlich diese Kosten übernehmen? Werden es wie schon so oft wieder die arbeitenden Menschen in unserem Land sein, oder sollen es nicht doch jene sein, die sich auf Kosten der Arbeitenden bereichern – die Multimillionäre und Milliardäre?«

»Den 1,5 Millionen Menschen in Österreich, die an oder unter der Armutsgrenze gelebt haben – schon vor Corona! –, stehen 258 Österreicherinnen und Österreicher mit einem Vermögen von über 100 Millionen Dollar gegenüber. Die Forderung nach einer Vermögenssteuer für die Reichsten in unserer Gesellschaft ist also weder utopisch noch unfair – sie ist ein Gebot der Stunde!«

»Die Parteien und ihre VertreterInnen, die gewählt wurden, sollten in jeder Hinsicht Vorbilder sein. Das gilt für den Umgang miteinander ebenso wie für den Umgang mit öffentlichen Geldern. Daher geben wir als KPÖ die überhöhten Parteien- und Klubförderungen auf vielfältige Art und Weise an die Grazerinnen und Grazer zurück.«

Nagls Gesundheitsjahr?



Ihr Stadtrat
Robert Krotzer
Rathaus, 2. Stock, Tür 231
Tel.: 0316 / 872 20 70

Nicht einmal einen Euro pro Grazerin und Grazer gibt die Stadt zur Unterstützung von Einrichtungen und Vereinen aus, die jeden einzelnen Tag einen unverzichtbaren Beitrag für die Gesundheit der Grazer Bevölkerung leisten.

Seit Bürgermeister Nagl 2018 ein Gesundheitsjahr angekündigt hat, drängt die KPÖ darauf, das Subventionsbudget für Gesundheit zu erhöhen. Denn

gerade der erneute Lockdown stellt die Gesellschaft in Graz vor massive gesundheitliche und psychosoziale Herausforderungen, die in vielen Bereichen – wie der Lockdown im Frühjahr gezeigt hat – von diesen Initiativen aufgefangen werden.

Während ÖVP und FPÖ bei der Parteienförderung und den fürstlichen Managergehältern das Geld mit beiden Händen ausgeben, knausern sie bei den

Gesundheitssubventionen.

Trotz alledem: Wir werden auch im kommenden Jahr – mit bescheidenen Mitteln, aber großem Einsatz – Akzente setzen, wie uns das heuer etwa durch das Projekt „Grazer Telefonkette gegen Covid-19“ zur Unterstützung von Risikogruppen, die vielfältigen Aktivitäten zum „Tag der Seelischen Gesundheit“ oder die Besuchsboxen in Pflegeheimen gelungen ist.

Auf keinen Menschen vergessen!

Diese sozialen Sofortmaßnahmen braucht es jetzt.

Die Corona-Krise hat die Gesellschaft fest im Griff. Der neuerliche Lockdown bringt die Existenz von immer mehr Menschen in Gefahr. Wie alle Krisen trifft die Corona-Krise die Schwächsten am stärksten. „In unseren täglichen Beratungen erleben wir schon seit Monaten, wie sich finanzielle Notlagen durch Lohneinbußen und Arbeitslosigkeit massiv verschärft haben. Die Politik muss jetzt mit allen Mitteln einen sozialen Notstand verhindern!“, so KPÖ-Stadträtin **Elke Kahr**.

Die Grazer KPÖ fordert daher rasche Maßnahmen gegen die immer schärferen sozialen Schieflagen:

- * Verlängerung der Möglichkeit eines Räumungsaufschubes wegen Corona über den 31.12. 2020 hinaus
- * Automatische Weitergewährung der Wohnunterstützung zumindest bis Frühling 2021

- * Aufstockung des „Graz hilft“-Fonds zur Wohnungssicherung und Begleichung von Mietrückständen
- * Abschaltungsverbot von Strom, Wasser und Wärme, damit in diesen kalten Wochen und Monaten kein Mensch frieren muss
- * Schaffung von Notunterkünften samt Aufenthaltsmöglichkeiten für obdachlose Menschen
- * Gebührenstopp bei Kanal, Müll, Strom, Fernwärme und Wasser
- * Rasche und unbürokratische Hilfsmaßnahmen für gefährdete Kultureinrichtungen, Sportvereine, Gastronomiebetriebe, etc., um weitere Kündigungen zu verhindern
- * Automatische Verlängerung der SozialCard zumindest für den Zeitraum der Maßnahmen nach dem Epidemiegesetz, um das soziale Netz aufrecht zu erhalten.

„Die sozialen Auswirkungen der Corona-Krise müssen gleich ernst genommen werden wie die Pandemie selbst. Bei den Eindämmungsmaßnahmen sind soziale Fragen dringend mit zu berücksichtigen. Es braucht jetzt schnelle und unbürokratische Hilfe für die Menschen. Wir dürfen niemanden zurücklassen!“, fordert Stadträtin Elke Kahr.

Dass die Stadt Graz diese Herausforderung nicht allein meistern kann, betont auch KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**. „Diese Unterstützungsmaßnahmen können von der Stadt Graz abgewickelt werden, aber selbstverständlich können diese Aufgaben nicht ohne Hilfe vom Bund übernommen werden“, betont der Klubobmann. „Wir werden sehen, was die Worte des Bundeskanzlers – „Koste es, was es wolle“ – tatsächlich wert sind.“

Die Post ist nicht nur für Aktionäre da!



Beim großen Postgipfel 2008 hat Bürgermeister Nagl noch versichert, dass die postalische Versorgung im gesamten Stadtgebiet gesichert sei. Es ist leider anders gekommen.

In den Chefetagen wird die Post offensichtlich längst nicht mehr als Dienstleister für die Bevölkerung gesehen, sondern als Gelddruckmaschine für Aktionäre. Wie sonst ist es zu verstehen, warum man Briefkästen wegnimmt und keine Filialen mehr hat, die auch gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind, während die Post ganz nebenbei 100 Mio. Euro in der Türkei investiert? Im vergangenen Jahr hat die Post einen Gewinn von über 200 Millionen Euro eingefahren.

Die KPÖ fordert schon seit vielen Jahren, dass die Post wieder zu 100% zurück in öffentliches Eigentum überführt wird. Wir werden die Missstände bei der Post weiter aufzeigen und auch um jeden einzelnen Briefkasten kämpfen.

Denn wenn sich nur mehr alle im Netz bewegen, wird unsere Welt zwischenmenschlich sehr arm werden. Dagegen werde ich, und wenn ich tausendmal als rückwärtsgewandt gelte, auch weiterhin auftreten. Nicht alles, was vermeintlich fortschrittlich und modern ist, ist auch gut für die Menschen, egal, ob jung oder alt.

Ihre Stadträtin
Elke Kahr

Rathaus, 2. Stk, Tür 236
Tel.: 0316 / 872 20 60

AUS DEM GEMEINDERAT - DAMIT SIE DRAUSSEN WISSEN, WAS DRINNEN VORGEHT.

Genug Fernwärme für alle?

Ob die Versorgungssicherheit von Grazer Haushalten mit Fernwärme weiterhin gegeben ist, fragt sich Gemeinderat

Manfred Eber

und machte es in der Gemeinderatsitzung zum Thema.

25.000 zusätzliche Haushalte sollen bis 2025 an das Fernwärmenetz angeschlossen werden. Aber es ist bis jetzt noch nicht geklärt, wie die zusätzlichen Anschlüsse gedeckt werden sollen. „Gerade für die neuen Anschlüsse braucht es auch neue Einspeisungen“, so der KPÖ-Klubobmann. Er fordert konkrete Maßnahmen, um die Versorgung zu garantieren.

Güterbahnhof: Chance oder Bedrohung?

In einem kürzlich vorgelegten ÖBB-Bahnrahmenplan wurden neben bekannten Baumaßnahmen auch 24 Millionen Euro für die Adaptierung des Verschiebebahnhofs Graz budgetiert. Gemeinderat **Kurt Luttenberger** nahm diese Tatsache zum Anlass, um beim Bürgermeister – zuständig für die Stadtplanung – einzufordern, dass er sich im Rahmen seines Handlungsspielfeldes bei den zukünftigen Schritten rund um den Umbau im Interesse der Bevölkerung einbringt. „Bei den BewohnerInnen rund um die Smart-City wächst die Sorge, dass sich die Adaptierung des Bahnhofs auf ihre Lebensqualität auswirken könnte“, so Luttenberger.

Schnelles Internet – Angebot ausweiten!

KMUs, Startups und EinzelunternehmerInnen haben es derzeit schwer genug. Sie sind vielfach auf schnelles Internet angewiesen und verdienen entsprechende Lösungen. Technisch wäre das auch kein Problem. Die Holding-Graz-Tochter Citycom verfügt bereits über ein gut ausgebautes Glasfasernetz. Doch sie ist auf Großkunden spezialisiert. „Die Tarife und das Preis-Leistungs-Verhältnis sind für kleinere Unternehmen schlicht nicht hinnehmbar“, so Gemeinderat **Hans Peter Meister**, der eine rasche Lösung im Interesse der „Kleinen“ eingefordert hat.





In Graz geht die Post ab!

Das Post-Filial-Netz in Graz wird seit vielen Jahren systematisch ausgedünnt. Ganze Stadtteile müssen mittlerweile ohne echtes Postamt auskommen. Wer beispielsweise im dicht besiedelten Herz-Jesu-Viertel wohnt, hat Pech – die nächste Filiale ist am Jakominiplatz. Besonders für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ist das ein unzumutbarer Zustand. „So kann es nicht weitergehen!“, findet KPÖ-Stadträtin **Elke Kahr**: „Beim großen Postgipfel 2008 hat Bürgermeister Nagl noch versichert, dass die postalische Versorgung im gesamten Stadtgebiet gesichert sei. Dass dieses Versprechen längst nicht mehr der Realität entspricht, wissen viele Grazerinnen und Grazer aus eigener Erfahrung.“

Was man angesichts der radikalen Sparschumpfung der Post gerne vergisst: Die Post AG gehört zu 52,9 % dem Staat Österreich – also uns allen! „Eigentlich

sollte die Post ein Dienstleister für die Bevölkerung sein. Leider drängt sich das Gewinnstreben aber immer mehr in den Vordergrund, die Bedürfnisse der Leute spielen nur mehr eine untergeordnete Rolle“, so Elke Kahr.

Dabei gibt es für die Zusperr- und Sparpolitik der Post keine wirtschaftliche Notwendigkeit: Der Gewinn (EBIT) der Post stieg von 28 Millionen (2003) auf 200,6 Millionen (2019), die Dividende pro Aktie von 0,51 EUR (2003) auf 2,08 EUR (2019). Und während die Post in der Türkei satte 100 Millionen investiert, wie die Presse am 21. Oktober berichtete, spart man in Österreich auf dem Rücken der Bevölkerung weiter.

Für die KPÖ ist klar: Die Grazerinnen und Grazer verdienen ein flächendeckendes Netz an Postfilialen! Das wird es allerdings nur geben, wenn sich die Post von der Profitlogik befreit und ihre Tätigkeit an den Bedürfnissen der Bevölkerung

ausrichtet. Der einzige Weg, der das ermöglicht, ist die vollständige Rückführung der Post in öffentliches Eigentum.

Davon sind wir freilich noch ein gutes Stück entfernt. Um zumindest eine Übergangslösung im Sinne der Grazer Bevölkerung zu finden, hat KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora** im Gemeinderat einen Antrag eingebracht, der Bürgermeister Nagl auffordert, mit der Post AG in Verhandlungen zu treten, um das Grazer Postfilial-Netz auszubauen und so die Postversorgung zu verbessern.



„Wenn's wirklich wichtig ist, dann lieber mit der Post“? Eh, aber dazu bräuchte es genügend Postämter!

Christian Sikora
KPÖ-Gemeinderat



KLEIN, ABER MIT BISS



Corona hat vieles verändert, eines aber nicht: die Kluft zwischen arm und reich.

KURZ NOTIERT

Mehr Mittel für Gewaltschutz

Eine Erhöhung der finanziellen Mittel, die der Bund zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zur Verfügung stellt, hat KPÖ-Gemeinderätin **Sahar Mohsenzada** in der Juli-Gemeinderatssitzung gefordert. Jetzt hat das Referat für Frauen und Gleichstellung einen Gewaltschutzgipfel angekündigt, wo die notwendigen Maßnahmen erörtert werden sollen. Auf dieser Basis soll im Anschluss an die Bundesregierung herangetreten werden. Mohsenzada hofft, „dass die Bemühungen endlich Fahrt aufnehmen, damit die Hilfe für die vielen gewaltbetroffenen Frauen nicht zu spät kommt.“



Erleichterung für Sozial-Card-BezieherInnen

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie sind überall zu spüren. KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer** sorgt sich aktuell um die SozialCard-BezieherInnen. Sie fordert nun dazu auf, die anspruchsberechtigten BezieherInnen nicht fallen zu lassen und eine automatische Verlängerung der SozialCard zumindest für den Zeitraum der Maßnahmen nach dem Epidemiegesetz zu garantieren. Ohne eine gültige SozialCard wären in den ohnehin schon schweren Zeiten die Voraussetzungen für Hilfsleistungen oder der Anspruch auf eine SozialCard Mobilität nicht mehr gegeben.



Maklerprovision für Mieter abschaffen!

Diese langjährige Forderung der KPÖ muss die Bundesregierung jetzt endlich umsetzen!

Übrigens: Das Pickerl links können Sie kostenlos per Mail an bl@kpoe-graz.at bestellen!

KPÖ MIETER-NOTRUF
Tel. 0316
71 71 08
Wir beraten und helfen bei Fragen rund ums Thema Wohnen.
Täglich von 10–20 Uhr.
Kostenlos.